

Zürichsee-Zeitung

Bezirk Meilen

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



SIGG EDV

Wir bauen Computer und bieten Support von dem Sie träumen!

Sigg EDV, Grundstrasse 10b, 8712 Stäfa
043 534 79 05 | 076 399 98 76 | info@sigggedv.ch | www.sigggedv.ch

Familienkonzert

Dirigent Kemal Akçağ trat in Meilen mit seinem Sohn Valentin auf.

SEITE 5

Publikumserfolg

Mehr als 500 Besucher beerhten das Chränzli des Turnvereins Forch.

SEITE 7

4:1 gegen Sion

Der FC Zürich feiert seinen ersten Sieg seit Ende September.

SEITE 19

Einigung im Atomstreit

GENÈVE. Nach jahrelangem Ringen um das iranische Atomprogramm haben die Verhandlungspartner in Genf einen Durchbruch erzielt. Der Iran ist bereit, während vorerst sechs Monaten unter Aufsicht Teile seines Atomprogramms auszusetzen. Im Gegenzug werden einige Sanktionen gelockert.

Die fünf Uno-Vetomächte und Deutschland erwirkten nach vier-tägigen Verhandlungen in der Nacht zum Sonntag das Übergangsabkommen, das zunächst für ein halbes Jahr gilt. Die Vereinbarung setzt schon in der Präambel ein Zeichen: «Unter keinen Umständen wird der Iran niemals Atomwaffen entwickeln oder beschaffen», heisst es dort.

Dafür werde dem Iran prinzipiell «das Recht auf Atomenergie für friedliche Zwecke» eingeräumt. Weil ein Langzeitplan folgen und letztlich alle Sanktionen aufgehoben werden sollen, könnte das Übergangsabkommen nach Ansicht von Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon «der Beginn einer historischen Übereinkunft» sein. (sda) **Seite 16**

Der Berner Jura sagt Nein

BERN. In der Westschweiz wird aus dem heutigen Kanton Jura und dem Berner Jura kein neuer Kanton entstehen. Die Stimmbürger im Berner Jura lehnte das Ansinnen am Sonntag an der Urne klar ab. Im Kanton Jura stiess die Vorlage hingegen auf deutliche Zustimmung.

Nur wenn beide Regionen Ja gesagt hätten, wären Verhandlungen aufgenommen worden. In diesem Prozess wären die Grundlagen des neuen Standes erarbeitet und dem Volk erneut zur Abstimmung vorgelegt worden. Nun aber ist das Projekt definitiv vom Tisch. (sda) **Seite 15**

Leuthard fordert Vorschläge von Vignetten-Gegnern

ABSTIMMUNGEN. Das Nein zur teureren Vignette zeigt: Die Autofahrer wollen nicht mehr zahlen. Heisst das weniger Strassenausbau? Oder müssen andere bluten?

CVP-Bundesrätin Doris Leuthard wirkte nach dem Nein zur Vignetten-Vorlage gestern etwas ratlos. Tatsächlich ist nur kurzfristig klar, wie es weitergeht: Der Preis der Vignette bleibt bei 40 statt 100 Franken, und der Bund kann 400 Kilometer bisher kantonale Strassen nicht ins Nationalstrassennetz übernehmen.

Damit bleibt der Unterhalt dieser Strassen bei den Kantonen, was sie jährlich rund 100 Millionen Franken kostet. Mittel- und langfristig ist hingegen vieles

offen. So ist im Parlament bereits ein Vorstoss eingereicht worden, der verlangt, dass der Bund die kantonalen Strassen trotzdem übernimmt.

Weiter plant der Bundesrat analog zum Eisenbahnfonds einen neuen Strassenfonds, zu dessen Speisung auch höhere Steuern auf Benzin und Diesel vorgesehen sind. Die Vorlage soll laut Leuthard bald in die Vernehmlassung gehen. Das Problem: Nach gestern dürfte kaum mehr jemand daran glauben, dass

zusätzliche Abgaben für Autofahrer mehrheitsfähig sind.

Milchkuh in der Pipeline

Was dann? Soll auf den Strassenausbau verzichtet werden? Oder müsste Geld vom öffentlichen Verkehr oder der allgemeinen Bundeskasse in die Strassenkasse (rück-)umverteilt werden? Walter Wobmann, Solothurner SVP-Nationalrat und Vater des Vignetten-Referendums, will das zweite. Er verweist unter anderem auf die Milchkuh-Initiative, die dafür sorgen will, dass die Abgaben der Autofahrer vermehrt für die Strasse eingesetzt werden. Verkehrsministerin Leuthard ist davon nicht begeistert, denn dies

würde ein gewaltiges Loch in die Bundeskasse reissen. Auch dem ÖV will sie kein Geld wegnehmen. Trotzdem wäre sie froh, wenn bald über die noch nicht eingereichte Initiative abgestimmt werden könnte. «Dann hätten wir wenigstens Klarheit.»

Auch die beiden anderen Volksinitiativen, die ihnen vorgelegt wurden, lehnten die Schweizer Stimmberechtigten gestern ab. Bei der 1:12-Initiative fiel das Nein mit 65,3 Prozent erwartungsgemäss deutlich aus. Bei der Familieninitiative der SVP bestätigte sich der Sinkflug, der sich in den Umfragen angedeutet hatte: 58,5 Prozent votierten mit Nein. (mbr/sda) **Seiten 14, 15**



Nach dem Nein zur Autobahnvignetten-Vorlage stellt sich für Verkehrsministerin Doris Leuthard die Frage, wie denn nun Ausbau und Unterhalt des Strassennetzes längerfristig finanziert werden sollen. Bild: key

KOMMENTAR VON MICHAEL BRUNNER

Trotzdem muss jemand bezahlen

Eine wirkliche Überraschung ist das Nein zur teureren Vignette nicht. Zusätzliche Abgaben sind selten populär. Erstaunlich ist aber, wie wuchtig das Nein ausfiel, zumal die Umfragen eher auf ein Ja hingedeutet hatten.

Doch offensichtlich hatte der Vorschlag von Regierung und Parlament in den Augen der Stimmdenden zu viele Schönheitsfehler. So wollten sich die Kantone zum Nachteil der Autofahrer entlasten. Auch sollten mit Vignettengeldern Strassen unterhalten und ausgebaut werden, auf denen gar keine Vignettenpflicht besteht. Und abgesehen von drei Umfahrungsprojekten in peripheren Regionen war unklar, welche Strassenausbauten mit den zusätzlichen Einnahmen tatsächlich realisiert würden. Kurz: Viele Autofahrer sahen keinen genügenden Nutzen für sich.

Trotzdem muss aber jemand die Rechnung bezahlen. Die Frage ist nur, wer? Bleiben nun mehr Strassen bei den Kantonen? Müssen diese deshalb die Steuern erhöhen oder beim öffentlichen Verkehr sparen? Wird der Bund die fraglichen Strassenabschnitte trotzdem übernehmen? Wird er zur Gegenfinanzierung den Benzinpreis erhöhen, Geld von der Bahn abzwicken oder die allgemeine Bundeskasse belasten?

Nun gibt es weit mehr Fragen als Antworten. Klar ist nur eines: Nicht alle, die aus sehr unterschiedlichen Gründen Nein gestimmt haben, werden mit den Spätfolgen dieses Entscheides zufrieden sein.



Alle kommunalen Geschäfte angenommen

ABSTIMMUNGEN. In Erlenbach, Meilen und Hombrechtikon sagten die Stimmberechtigten an der Urne deutlich Ja zu den kommunalen Vorlagen. Am klarsten fiel das Resultat in Erlenbach aus. 83,1 Prozent der Stimmdenden befürworteten den Projektierungskredit von 4,7 Millionen Franken für das Alterszentrum Neuer Gehren. Die Stimmbeteiligung lag bei 62,4 Prozent. Gemeindepräsident Ferdy Arnold (CVP)

bezeichnete das Resultat als «phänomenal». Die Erlenbacherinnen und Erlenbacher haben bereits heute Gelegenheit, sich wieder mit dem «Neuen Gehren» zu befassen. An der Gemeindeversammlung geht es darum, die Führung des Betriebs an eine externe Institution zu übertragen.

In einem Jahr soll dann der entscheidende Schritt zum neuen Alterszentrum folgen. Dann stimmen die Erlenbacher an der Urne

über den Baukredit in Höhe von 45 Mio. Franken ab.

In Meilen haben sich 65 Prozent der Stimmberechtigten für die familien- und schulergänzende Betreuung ausgesprochen.

Die Hombrechtiker Wähler sagten Ja zur Teilrevision der Gemeindeordnung, einmal mit und einmal ohne Bestimmungen zur Hom'Care. Beide Vorlagen wurden mit grosser Mehrheit angenommen. (zsz) **Seiten 2 und 3**

Uno-Klimakonferenz einigt sich auf Grundsätze

WARSAU. Die Uno-Klimakonferenz in Warschau hat in kleineren Punkten Erfolge erzielt. Doch für den in zwei Jahren geplanten globalen Klimavertrag sind die härtesten Nüsse noch zu knacken. Was am Ende der Konferenz stand, war ein Minimalkonsens: Es gibt einen Zeitplan für die Arbeit am Weltklimavertrag, der 2015 in Paris abgeschlossen

werden und 2020 in Kraft treten soll. Ziel des Vertrags ist es, den Ausstoss von Treibhausgasen deutlich zu reduzieren und die Erwärmung im Vergleich zur vorindustriellen Ära auf zwei Grad zu begrenzen. Während man sich über das Ziel des Vertrags einig war, wurden Beschlüsse zu vielen wichtigen Punkten der Umsetzung verjagt. (sda) **Seite 17**

ANZEIGE



vanoordt
PFLANZEN ERLEBEN

chessibühlstrasse 19 | 8712 stäfa
044 926 18 78 | www.vanoordt.ch